GS-KS-01-055

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Robin Luge (Harz KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 54 bis 57:
Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die viel leisten können. ~~Diese schmale Öffnung der Verfassung war ein erster Schritt. Wir Grünen streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können.~~Wir wollen ein mehr an Demokratie. Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sowie Eltern sollen das Recht haben, frei und unter Einbeziehung aller Interessen, an der Mitgestaltung des Unterrichts teilzunehmen. Wir wollen eine Schulbildung die Werte und Kompetenzen vermittelt. Auswendiglernen bis zur nächsten Klausur bringt Kinder und Jugendliche nicht weiter. Wir Grünen streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bei der Schaffung einheitlicher Standards ist die Kultusminister*innenkonferenz grandios gescheitert. Für vergleichbare Schulabschlüsse in ganz Deutschland, braucht es die Abschaffung des Bildungsföderalismus.

Begründung

In Deutschland gibt es klaffende Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während finanzschwache Bundesländer ihre Schulen nicht ausreichend finanzieren können, erlangen die finanzstarken Länder Vorteile im Wettbewerb um LehrerInnen. Durch das unsinnige Kooperationsverbot darf der Bund sich nur über Umwege an der Bildungsfinanzierung beteiligen. Außerdem kann es nicht sein, dass ein Schulwechsel oft an unterschiedlicher Bildungspolitik und Rahmenbedingungen scheitert. Den Bildungsföderalismus abzuschaffen und Bildung in die Rahmenkompetenz des Bundes zu geben, stellt ihn demokratisch auf neue Füße, denn die Kultusminister*innenkonferenz ist undemokratisch und gescheitert. Bundesweite Bildungsstandards, in denen statt Faktenwissen bestimmte Kompetenzen als Lernziele zum Ende der Schulzeit vorgegeben werden - das sollte unser Ziel sein. Die Abschaffung des Bildungsföderalismus muss aber mit einer Autonomisierung aller Bildungsinstitutionen einhergehen. Bildungsstandards auf Bundesebene, mehr Autonomie für die einzelnen Schulen, denn gute Bildung wächst von unten. Politik muss den Akteur*innen Gestaltungsfreiräume lassen. Durch demokratische Prozesse sollen Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern vor Ort selbst gestalten. Autonomie bedeutet auch, dass Schulen die Fähigkeit erhalten sich an die lokalen Gegebenheiten anzupassen und aktiver Teil der Kommunen zu sein.

So zeichnen wir eine echte Zukunft für unser Bildungssystem.

Unterstützer*innen

Bernhard Zimmermann (Harz KV); Max Reschke (Weimarer Land KV); Laura Wahl (Erfurt KV); Wolfgang Strauhs (Harz KV); Tino Gaßmann (Unstrut-Hainich KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Robin Ebbrecht (Stendal KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Christian Ranft (Erfurt KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Christina Wendt (Jena KV); Katharina Bautz (Jena KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Marcus Lamprecht (Viersen KV)